

BASis Info 3/2019

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas



25.03.2019

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

es ist nicht immer die ganz große Politik, die für die Menschen entscheidend ist. Oft sind es kleine Details eines Gesetzes, die in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden.

Mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG), sorgen wir dafür, dass Kassenpatienten schneller Termine bei Fachärzten bekommen. Das war überall zu lesen. Eine weitere Neuerung, die mich ganz besonders freut, hat es dagegen nicht in die Schlagzeilen geschafft: Nach einer Chemotherapie können Paare oft keine Kinder mehr bekommen. Diese können jetzt auf Kosten der Krankenkassen ihre Ei- oder Samenzellen konservieren lassen. Nach ihrer Genesung haben sie so die Chance, sich ihren Kinderwunsch mit Hilfe einer künstlichen Befruchtung zu erfüllen. Die Lebensplanung der Paare hängt damit nicht mehr von ihrem Geldbeutel und der Frage ab, ob sie sich dieses teure Verfahren leisten können.

Wichtig finde ich auch die Änderung im Wahlrecht, die wir jetzt durchsetzen konnten:

Viele Menschen mit Behinderungen dürfen bisher nicht wählen. Damit machen wir Schluss. Endlich ist es uns gelungen, gegen die Union das volle Wahlrecht für alle Menschen mit Behinderungen durchzusetzen. Eine Entscheidung dazu hat der Bundestag am 15. März angenommen. Diese werden wir jetzt schnellstmöglich umsetzen.

Natürlich geht es in der Politik aber auch darum, im Großen die Weichen richtig zu stellen. Es beeindruckt mich, wenn Tausende Schülerinnen und Schüler auf die Straße gehen, weil sie den Eindruck haben, wir laufen in die falsche Richtung.

Auch in Duisburg haben Schülerinnen und Schüler für den Klimaschutz demonstriert. Sie wollen nicht mehr warten. Sie fordern, dass Klimaschutz jetzt beginnt und nicht immer auf die Zukunft verschoben wird.

Ich will nicht darüber diskutieren, ob sie die Schule schwänzen dürfen. Natürlich ist es gut, dass sie sich enga-

gieren. Aber das steht für mich nicht im Vordergrund. Die Jugendlichen machen der Politik Druck – und das ist gut so.

Die Politik muss beim Klimaschutz besser werden. Sicher haben wir schon einiges erreicht. Wir haben dafür gesorgt, dass wir viel Strom aus erneuerbaren Energieträgern produzieren können. Jetzt geht es darum, damit flächendeckend die Versorgung sicherzustellen. Ich kann mir gut vorstellen, dass das Ruhrgebiet dafür eine Modellregion wird. Wir leben in einer Region, in der Energieerzeugung und Energieverbrauch direkt beieinander liegen.

Wichtig ist aber vor allem, dass wir verbindlich festlegen, wie wir die Klimaziele erreichen wollen. Wir brauchen ein Klimaschutzgesetz, das alle Bundesministerien zwingt, Verantwortung zu übernehmen. Ein solches hat Svenja Schulze vorgelegt.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



Stichwort: Debatte um die Finanzierung der Pflege

Zahl der Pflegebedürftigen steigt

Die Pflege spielt in der politischen Diskussion derzeit eine große Rolle. Zurecht, denn der Anteil Pflegebedürftiger wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten deutschlandweit und natürlich auch bei uns in Duisburg steigen. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird voraussichtlich von heute knapp 3,3 Millionen auf knapp 4 Millionen im Jahr 2030 und rund 5,3 Millionen im Jahr 2050 steigen.

Wir brauchen eine bessere Pflege. Ein Baustein ist es, den Pflegeberuf attraktiver zu machen. Dazu haben wir im vergangenen Jahr die Konzentrierte Aktion Pflege ins Leben gerufen, die Arbeitsbedingungen, Bezahlung und Ansehen der Pflegenden verbessern soll.

Finanzierung der Pflege

Klar ist aber auch: Für die Pflege von mehr Menschen werden wir auch mehr Geld ausgeben müssen. Der zunehmende Pflegebedarf in unserer Gesellschaft führt derzeit auch zu einer Diskussion darüber, wie wir Pflege finanzieren können und wollen. Die Pflegeversicherung ist 25 Jahre nach ihrer Einführung eine Erfolgsgeschichte, steht aber auch vor neuen Herausforderungen.

Vorschlag aus Hamburg

Hamburg hat in diesem Monat einen Vorschlag dazu in den Bundesrat eingebracht.

Dieser Vorschlag sieht vor, für die Pflegebedürftigen fixe Eigenanteile gesetzlich festzulegen. Die Pflegeversicherung trägt alle darüber hinausgehenden und erforderlichen Pflegekosten. Die reinen Pflegekosten oberhalb der derzeitigen Eigenbeteiligung sollen so künftig komplett von der Pflegeversicherung übernommen werden.

Damit wird das Problem der steigenden Eigenanteile angegangen. Im Bundesdurchschnitt liegen die Kosten, die Heimbewohner im Durchschnitt zahlen müssen bei etwa 1.800 Euro. In NRW sind es im Durchschnitt sogar über 2.200 Euro. Viele Menschen können diese Beiträge mit ihrer Rente und ihren Ersparnissen nicht aufbringen. Der Anteil der Heimbewohner, die bereits heute Sozialhilfe zur Kostendeckung erhalten, liegt bei einem Drittel. Eine Begrenzung des Eigenanteils entlastet so auch Kommunen wie Duisburg, die über die Sozialhilfe indirekt an den Kosten beteiligt werden.

Außerdem soll es einen Steuerzuschuss zur Pflegeversicherung geben, wie es ihn auch schon in der gesetzli-

chen Krankenversicherung gibt. Pflege ist auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Dieser Vorschlag sieht zudem vor, dass die Kosten für die vollstationäre Behandlungspflege künftig aus der Krankenversicherung und nicht aus der Pflegeversicherung finanziert werden.

Ich unterstütze den Vorstoß und die Forderung, die Eigenanteile zu begrenzen und einen Steuerzuschuss einzuführen.

Ausblick

Langfristig kämpfe ich weiterhin für eine Bürgerversicherung auch in der Pflegeversicherung. Auch Beamte und Selbstständige sollen in die gesetzliche Pflegeversicherung einzahlen. In Verbindung mit einem Steuerzuschuss zur Pflegeversicherung, über den Gutverdiener sich stärker beteiligen, können wir die Finanzierung solidarisch und sicher gestalten.

Aus meiner Sicht muss man auch darüber nachdenken, ob es sinnvoll wäre Pflege- und Krankenversicherung wieder zusammenzuführen. Fragen der Zuständigkeiten und doppelte Strukturen könnten so vermieden werden.

Besuch aus Duisburg

50 Duisburgerinnen und Duisburger besuchten vom 13. bis zum 16. März auf meine Einladung hin die Hauptstadt.

Ein Höhepunkt der Reise war der Besuch des Reichstagsgebäudes. Die Besucherinnen und Besucher konnten im Plenarsaal des Deutschen Bundestages eine Bundestagsdebatte verfolgen. Da ich immer noch nicht in Berlin sein konnte, diskutierte im Anschluss mein Kollege Mahmut Özde-

mir mit den Besucherinnen und Besuchern. Im Mittelpunkt standen Fragen zu konkreten Problemen vor Ort, zu fehlenden Sozialwohnungen oder zum Ausbau der Jugendarbeit.

Neben diesem Besuch im Deutschen Bundestag standen auch eine politisch-historische Stadtrundfahrt, ein Besuch im Bundesministerium für Gesundheit und ein Informationsgespräch im Haus

der Wannsee-Konferenz auf dem Programm.

Und auch eine Klasse der Krankenpflegeschule Duisburg war zu Besuch im Reichstag. Meine Mitarbeiter stellten die Arbeit von uns Abgeordneten vor, im Gespräch ging es dann vor allem um die Frage, wie die Arbeitsbedingungen in der Pflege besser werden können.



Foto: Bundesregierung / Volker Schneider

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++26.3.: Treffen Fraktionsvorstand der Landtagsfraktion und Vorstand Landesgruppe NRW+++

+++30.3.: Mitgliederversammlung der SPD Duisburg+++

+++1.-5.4.: Sitzungswoche in Berlin+++

+++6.4.: Parteien und Wahlen, Politikerrunde zur Wahlrechtsreform, Uni Düsseldorf+++

+++7.4.: Frühjahrsempfang der SPD Homberg-Ruhrort/Baerl+++

+++8.-14.4.: Sitzungswoche in Berlin+++



Neues zum Schluss



Nein zu Rassismus!

Am 16. März war der Internationale Tag gegen Rassismus.

Nein zu Rassismus!

Das gilt nicht nur an diesem Tag. Das gilt für mich das ganze Jahr.



Mein Tagebuch

Die Vorbereitungen für das Comeback laufen. Ab dem 25.3. geht es wieder voll an die Arbeit. In Berlin bin ich das nächste Mal am 28.3. Dann teste ich auch, wie es sich mit meiner neuen Stehhilfe arbeiten lässt.

Die ersten Termine, die ich bereits diese Woche wahrgenommen habe, waren zwei Interviews zu resistenten Krankenhauskeimen. In den Niederlanden wurden gute Erfahrungen damit gemacht, hohe und einheitliche Hygienestandards festzulegen und das Personal besser zu schulen. Gegenüber Radio Duisburg und dem WDR habe ich solche einheitlichen Hygienestandards auch bei uns in Deutschland gefordert.

Die AOK hat festgestellt, dass die Gefahr, sich im Ruhrgebiet und auch in Duisburg mit diesen Keimen anzustecken, überdurchschnittlich hoch ist. Man hat ja immer Respekt vor einer OP. Als ich diese Berichte gelesen habe, wurde mir im Nachhinein nochmals mulmig.

In den Niederlanden testen sie bei der Aufnahme in die Krankenhäuser alle neue Patientinnen und Patienten auf resistente Keime. Sollten wir bei uns auch machen.

Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf!



Impressum: V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607

baerbel.bas@bundestag.de / www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier: <https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>.

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, können Sie sich hier jederzeit abmelden: <https://www.baerbelbas.de/medien/newsletter-abo.html>